

115N-251ME

UNABHÄNGIGER VERWALTUNGSSENAT IM LAND NIEDERÖSTERREICH  
DER PRÄSIDENT

1 von 4

Wiener Straße 54  
3109 St. Pölten  
DVR 0667625

Telefax (02742) 200 5540      Telefon (02742) 200  
Zum Regionaltarif telefonisch erreichbar über die Telefon-Nr.  
Ihrer NÖ Bezirkshauptmannschaft, dann die Nr. 800 sowie die je-  
weilige Klappe des Bearbeiters bzw. mit Nr. 9 die Vermittlung

Unabhängiger Verwaltungssenat im Land NÖ, 3109

Sprechtag Dienstag 8 - 12 und 16 - 19 Uhr  
Amtsstunden MO - FR 8 - 16 Uhr

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

*H. Engelsteiner*

Senat-A-230/507

Beilagen

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

Bearbeiter  
Dr. Boden

Durchwahl  
5530

Datum  
25. Mai 1998

Betrifft

Entwurf eines Bundesgesetzes über die Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen in Blutspendeeinrichtungen; Entwurf einer Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend den Gesundheitsschutz von Spendern und die Qualitätssicherung von Blut und Blutbestandteilen; Begutachtung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen einer Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen in Blutspendeeinrichtungen; Entwurf einer Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend den Gesundheitsschutz von Spendern und die Qualitätssicherung von Blut und Blutbestandteilen; Begutachtung, mit dem Ersuchen um Kenntnissnahme übersandt.

Beilage

Stellungnahme UVS NÖ

Mit freundlichem Gruß  
Unabhängiger Verwaltungssenat  
im Land Niederösterreich  
Dr. Boden  
Präsident

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

# UNABHÄNGIGER VERWALTUNGSSENAT IM LAND NIEDERÖSTERREICH DER PRÄSIDENT

Wiener Straße 54  
3109 St. Pölten  
DVR 0667625

Telefax (02742) 200 5540      Telefon (02742) 200  
Zum Regionaltarif telefonisch erreichbar über die Telefon-Nr.  
Ihrer NÖ Bezirkshauptmannschaft, dann die Nr. 800 sowie die je-  
weilige Klappe des Bearbeiters bzw. mit Nr. 9 die Vermittlung

Unabhängiger Verwaltungssenat im Land NÖ, 3109

Sprechtag Dienstag 8 - 12 und 16 - 19 Uhr  
Amtsstunden MO - FR 8 - 16 Uhr

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Stubenring 1  
1010 Wien

Senat-A-230/507

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Beilagen

Bezug	Bearbeiter	Durchwahl	Datum
GZ 22.310/2-VIII/ D/5/98	Dr. Boden	5530	25. Mai 1998

Betrifft

Entwurf eines Bundesgesetzes über die Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen in Blutspendeeinrichtungen; Entwurf einer Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend den Gesundheitsschutz von Spendern und die Qualitätssicherung von Blut und Blutbestandteilen; Begutachtung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Unabhängige Verwaltungssenat ist durch den vorliegenden Entwurf eines Blutsicherheitsgesetzes durch mögliche Beschwerden gegen Maßnahmen gemäß § 19 Abs. 3 und Abs. 4 und durch die Strafbestimmungen des § 22 betroffen.

Das Ausmaß der zu erwartenden Mehrbelastung kann nicht genau abgeschätzt werden, da diese Angelegenheit bisher gesetzlich nicht geregelt war. Es wird allerdings die zu erwartende Mehrbelastung eher als gering eingestuft.

Zu den im § 22 Abs. 1 und Abs. 2 des Entwurfes vorgesehenen Subsidiaritätsklauseln wird bemerkt:

Für eine klare Abgrenzung zwischen gerichtlich strafbaren Tatbeständen und Verwaltungsstraftatbeständen wäre zu sorgen. Sofern man sich nicht dazu entschließt, die gerichtlich strafbaren Tatbestände und die Verwaltungsstraftatbestände im gleichen Gesetz zu regeln, ist jedenfalls für eine eindeutige Abgrenzung (Subsidiaritätsklausel) zu sorgen. Zur Erzielung einer einwandfreien Abgrenzung erscheint die Enumerationsmethode geeignet. In dem Zusammenhang wird auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 5. Dezember 1996, G 9/96-12 u.a., ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Allgemeine Formulierungen, welche ein bestimmtes Verhalten zur Verwaltungsübertretung erklären und dabei wie im Entwurf die Wortfolge "... sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet" verwenden, sind problematisch.

Grundsätzlich erhebt sich allerdings die Frage, ob die Regelung des Blutspendewesens tatsächlich derart ausführlich in einem Gesetz und einer dazugehörigen Verordnung erfolgen muß. Soweit bekannt, funktioniert das Blutspendewesen im wesentlichen problemlos auf einem hohen Niveau auch ohne gesetzliche Regelung. In den Erläuterungen wird auf Seite 29 eingeräumt, daß bereits bisher bei den bestehenden Blutspendeeinrichtungen der Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik berücksichtigt werden mußte. Es wird an einigen Stellen der Erläuterungen ausdrücklich zugegeben, daß die vorgesehenen Regelungen in der Praxis kaum zum Tragen kommen werden (z.B. auf Seite 11 über die Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins von Mißständen oder über die Notwendigkeit der Untersagung des Betriebes, ebenso die Ausführungen über die Wahrscheinlichkeit der Einleitung von Strafverfahren auf Seite 21 und 22). Wenngleich sich aufgrund der europarechtlichen Vorgaben ein

Umsetzungsbedarf in innerstaatliches Recht ergibt, sollte doch geprüft werden, ob nicht mit einem geringeren Umfang an Regelungen das Auslangen gefunden werden kann.

Mit freundlichem Gruß  
Unabhängiger Verwaltungssenat  
im Land Niederösterreich  
Dr. B o d e n  
Präsident

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

